|  |  |
| --- | --- |
| Fraktion Bünndis 90/Die Grünen | 14.05.2019 |

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Antrag | Vorlage-Nr:  Öffentlichkeitsstatus: | | | VO/2019/3973  öffentlich | |
| **Klimanotstand in Osnabrück - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** | | | | | |
| Beratungsfolge: | | | | | |
| Gremium | | Datum | Sitzungs- art | Zuständigkeit | TOP- Nr. |
| Verwaltungsausschuss | | 25.09.2018 | nö | Vorberatung |  |
| Rat | | 25.09.2018 | ö | Entscheidung |  |

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Osnabrück schließt sich den Beschlüssen von Städten weltweit an und ruft den Klimanotstand aus.

Die Stadt Osnabrück

1. erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
2. erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
3. berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen, und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt-und Artenschutz auswirken.
4. stellt fest, dass die mit dem Mastplan-Beschluss gefassten Klima-Ziele nach den bisherigen Erfahrungen nicht erreicht werden.
5. fordert den Oberbürgermeister auf, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten und daraus Konsequenzen ziehen.
6. fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Konstanzer und Münchner Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht er Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO2-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.
7. fordert auch die städtischen Beteiligungen auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Rat dazu Bericht zu erstatten

Zudem soll die Verwaltung im Rahmen des Masterplan-Prozesses prüfen,

* wie die bestehenden Klimaziele für das Jahr 2050 angepasst und welche Vorgaben für die Jahre 2025, 2030, 2040 festgelegt werden müssen, damit Osnabrück seinen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele leistet.
* wie die Stadt seine vielfältigen Klimaschutz-Maßnahmen so bündelt, dass daraus ein an den Zielen orientiertes Handlungsprogramm wird und laufendes „Klima-Controlling“ möglich ist.

**Sachverhalt:**

Der Klimaschutz ist die größte Herausforderung der Menschheit wird der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Vorfeld des Weltklimagipfels von Paris zitiert.

Osnabrück hat sich dem Kampf gegen die Klimakrise schon früh gewidmet. Unter anderem erfolgte 1994 der Beitritt zum „Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V.“ und 1995 wird der Runde Tisch CO2 gegründet. 1996 das erste CO2-Reduzierungskonzept vorgelegt. Seit 2005 wird bei allen Bebauungsplänen eine solarenergetische Prüfung vorgenommen. 2007 startet das bundesweit erste Solardachkataster (SUN-AREA) in Osnabrück. 2011 erfolgt schließlich der einstimmige Ratsbeschluss zum Masterplan Klimaschutz – um nur einige Meilensteine zu nennen.

Dennoch reichen unsere Bemühungen nicht:

*"Es ist konsequentes und dringendes Handeln erforderlich", sagte Große Ophoff [der Vorsitzende des Masterplan-Beirats] und legte Zahlen vor: Wenn es im aktuellen Tempo weitergehe, werde die Region Osnabrück das selbstgesetzte Ziel, den Kohlendioxidausstoß bis 2050 um 95 Prozent (im Vergleich zu 1990) zu reduzieren, erst deutlich nach 2070 erreichen. …", sagte Große Ophoff. (NOZ: 29.01.2019,* <https://bit.ly/2JaXE0b>

Einige Städte haben angesichts der voranschreitenden Klimakrise, dem mangelnden Fortschritt bei der Treihausgas-Reduzierzung und den schlechten Rahmenbedingungen für kommunales klimagerechtes Handeln den Klima-Notstand ausgerufen. Anfang Mai ist mit Konstanz die erste deutsche Stadt dem Vorbild von Städten wie London, Basel, Los Angeles oder Vancouver gefolgt. <https://bit.ly/2VXL5LE>

Der Konstanzer Oberbürgermeister Ulrich Burchardt (CDU) bezeichnet den Klimanotstand

*„als Fundament, hinter das er und der Gemeinderat ‚nicht mehr zurück wollen oder können‘. Diesem Anspruch wolle Konstanz jetzt mit kleinen und großen Beschlüssen gerecht werden. … Die Impulse der Fridays-for-Future-Bewegung hätten ihm klargemacht: ‚Wir reden eigentlich nicht über das ‘Wie’, sondern wir reden über das ‘Wie schnell’.‘ Wenn diese Botschaft auf andere Kommunen ausstrahle, freue ihn das.“ Focus, 07.05.2019* [*https://bit.ly/2vPlxBK*](https://bit.ly/2vPlxBK)

Der vorliegende Antrag entspricht dabei weitgehend dem Vorbild Konstanz. Neben der Feststellung (1. und 2.) fordert der Antrag in 3. Eine regelmäßige Klimafolgenabschätzung analog den Finanzen. Dies fordert auch der Masterplan-Beiratsvorsitzende Große-Ophoff: „*Der Klimaschutz sollte bei allen relevanten Entscheidungen des Stadtrates berücksichtigt werden – "so wie heute bei jeder Entscheidung auch nach den Kosten gefragt wird“, NOZ 29.01.2019.*

In 5. Wird die bislang nur vom Beirat jährlich vorgenommene Berichterstattung auf die Verwaltung erweitert. Es folgt 6. die Aufforderung an Bund und Länder für bessere Rahmenbedingungen zu sorgen. Und 7. nimmt konsequenterweise die städtischen Beteiligungen in die Pflicht.

Ergänzend wird hier vorgeschlagen angepasst an die Pariser Beschlüsse Zwischenschritte für die lokalen Ziele zu fassen und die einzelnen Maßnahmen in einem mit Zielen und Zeiten versehenden Handlungsprogramm zu bündeln, so dass ein regelmäßiges Klima-Controlling möglich wird.

gez. Volker Bajus